

Diskutieren Sie mit auf
[www.kirchenbote-tg.ch!](http://www.kirchenbote-tg.ch)

Weiter wie bisher
ist keine Option



«Um die Weltbevölkerung auch in den kommenden Jahrzehnten ernähren zu können, braucht es einen systematischen und radikalen Wechsel in der landwirtschaftlichen Praxis,

Forschung und Entwicklung»: Zu dieser Schlussfolgerung kam der Weltlandwirtschaftsbericht schon vor zehn Jahren. 58 Staaten, darunter auch die Schweiz, hatten sich mit der Unterzeichnung dieses Berichts verpflichtet, sich für die Umsetzung dessen zentraler Empfehlungen einzusetzen. Eine der Kernaussagen des Berichts lautet: Die kleinbäuerliche, ökologische Landwirtschaft ist der sicherste Garant für eine ausreichende und gesunde Ernährung. In unserer Hilfsverkarbeit mit der ländlichen Bevölkerung im Süden sind wir auch konfrontiert mit Entwicklungen, die zu mehr Hunger führen. Die Ausweitung von Plantagen für Soja und Ölpalmen und weiteren Exportprodukten verdrängen den Anbau von Grundnahrungsmitteln in dramatischer Weise. In Äthiopien werden Blumen für den europäischen Markt produziert. Das dafür benötigte Wasser fehlt für die dringend benötigte Bewässerung für den Anbau von Grundnahrungsmitteln. Die Forderungen der beiden Initiativen stimmen mit den Empfehlungen des Weltlandwirtschaftsberichts überein. Wir sind nicht allein, in vielen Ländern gibt es starke Bewegungen, die sich für die dringend nötigen Veränderungen einsetzen. Eine Annahme der beiden Vorlagen wird für unsere Partner im Süden, die sich in ihrem Kontext für die Existenzsicherheit der ländlichen Bevölkerung einsetzen, eine starke Ermunterung sein.

Karl Heuberger, Gabris; HEKS-Mitarbeiter und Bio-Kleinbauer

Kann «gut gemeint» denn schädlich sein?

Fairer produzierte Lebensmittel und eine Stärkung einer vielfältigen kleinbäuerlichen Schweizer Landwirtschaft wollen und versprechen die beiden Volksinitiativen, die zur Abstimmung kommen. Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments halten die Vorschläge für «unnötig» und «schädlich» und lehnen sie deshalb ab.

Am 23. September 2018 entscheidet das Schweizer Volk über die beiden Volksinitiativen «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» und «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle».

Gleiche Regeln für Lebensmittel aus dem Ausland

In einem Punkt treffen sich die beiden Initiativen: Für importierte Lebensmittel sollen in Zukunft die gleichen Regeln und Anforderungen gelten wie für einheimische Produkte. Die «Fair-Food-Initiative» will, dass der Bund umweltschonend, tierfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel fördert. Dazu soll er für die Schweizer Produktion Vorgaben machen. Diese Standards sollen grundsätzlich auch für importierte Lebensmittel gelten. Die Volksinitiative «Ernährungssouveränität» verlangt, dass Importprodukte die in der Schweiz geltenden sozialen und ökologischen Normen erfüllen müssen.

Unvereinbar mit internationalen Vereinbarungen?

In der Abstimmungsbroschüre des Bundes wird davor gewarnt, dass die «Fair-Food-Initiative» zu Konflikten mit internationalen Abkommen führen könne. Erwähnt werden die Verpflichtungen der Schweiz gegenüber der Europäischen Union (EU), der Welthandelsorganisation (WTO) und gegenüber Staaten, mit denen die Schweiz ein Freihandelsabkommen abgeschlossen hat: «Zentrales Element dieser Abkommen ist das Verbot, Importprodukte anders zu behandeln als einheimische Produkte, wenn sie sich physisch voneinander nicht unterscheiden. Will ein Staat von diesem Verbot abrücken, gelten hohe Anforderungen.» Zur Volksinitiative «Ernährungssouveränität» wird in der Abstimmungsbroschüre festgehalten, dass die Durchsetzung der in der Schweiz geltenden sozialen und ökologischen Normen für importierte Lebensmittel nur mit der Erhebung von Zöllen oder mit Einfuhrverboten umgesetzt werden könnte, was geltenden internationalen Abkommen widersprechen würde.

Die Redaktion des Kirchenboten hat einen Vertreter der heimischen Landwirtschaft und einen mit der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit vertrauten Thurgauer gefragt, was sie von den Anliegen der beiden Volksinitiativen «Fair-Food» und «Ernährungssouveränität» halten.



Bild: pixabay.com

Kein staatliches
Feigenblatt

Einheimische Lebensmittel erfüllen bereits höchste Ansprüche an den Tier- und Umweltschutz sowie ans Arbeitsrecht. Dafür sorgen gut ausgebildete Bäuerinnen und Bauern, eine strenge Gesetzgebung und aufwändige Kontrollen. Diese Qualitätsstrategie ermöglicht uns, uns am Markt von der ausländischen Produktion abzuheben. Die gleiche Qualität auch vom Ausland einzufordern funktioniert nicht.

Selbst wenn unsere Bestimmungen in den Herkunftsländern eingehalten würden, kämen die Importprodukte zu tieferen Preisen an die Grenze, weil dort das Lohnniveau, die Bodenpreise und die Preise für Hilfsstoffe bedeutend billiger sind als hierzulande. Sie würden dann als «gleichwertige» Güter am Markt unsere einheimischen Produkte verdrängen. Es ist aber für den Bund schlicht unmöglich, unsere Arbeits-, Anbau- und Tierhaltungsrichtlinien auf fremdem Territorium in der gleichen Güte zu kontrollieren und durchzusetzen. Entsprechende Einfuhrbewilligungen kämen somit einem staatlichen Feigenblatt gleich und die Konsumenten würden getäuscht.

Zudem ist die übrige Schweizer Wirtschaft zur Sicherung unserer Arbeitsplätze auf Exporte angewiesen. Es ist im heutigen Zeitalter der bilateralen Handelsabkommen undenkbar, für Lebensmittel geringerer Standards einfach die Grenze dicht zu machen.

Letztlich würde die Annahme der beiden Initiativen genau das Gegenteil bewirken, von dem was sie beabsichtigen; eine weitere Verlagerung der Nahrungsmittelproduktion ins Ausland und längere unökologische Transportwege.

Markus Hausammann, Langrickenbach; Landwirt, Nationalrat SVP

